



Gotthard Krupp

## ArbeitnehmerInnen-Politik in den Bundestag



Berlin, 24.9.2012

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen,*

die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) in Charlottenburg-Wilmersdorf hat mich für eine Wahlkreiskandidatur für die SPD zum Bundestag vorgeschlagen. Diese Kandidatur wird vom Berliner AfA-Landesvorstand unterstützt. Mit drei weiteren Genossen und Genossinnen wurde ich vom Kreisvorstand der SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf nominiert.

Besonders wichtig für meine Entscheidung zur Kandidatur waren die Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, die aktiv in Betrieben und Gewerkschaften engagiert sind.

**Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für eine sozial gerechte Gesellschaft, die Verteidigung der Demokratie, das ist das, wofür ich immer gestanden habe.**

So wird sich vielleicht noch mancher daran erinnern, dass ich 2005 vom Kreisverband Charlottenburg nominiert wurde gegen Klaus Uwe Benneter zu kandidieren, um ein Zeichen zu setzen gegen die Agenda-Politik von Bundeskanzler Schröder.

**Heute konzentrieren sich für mich alle Fragen in der Positionierung der SPD in der sogenannten „Euro-Krise“. Denn es geht um das Schicksal aller Völker und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas, und auch Deutschlands.**

Die Politik der EU, für die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Führungsrolle einnimmt, lässt immer neue Milliarden zu Gunsten der erpresserischen Anforderungen der Finanzmärkte an die Banken und Investitionsfonds fließen. Die gesamte Gesellschaft zahlt dafür mit weiterer Deregulierung der Arbeitsmärkte, mit der Zersetzung des Tarifvertragssystems, Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Kahlschlag im Gesundheitswesen und Bildungssystem, mit Lohn- und Rentenkürzungen.

Mit den europäischen Verträgen ESM und Fiskalpakt wird im Namen des strikten Schulden- und Defizitabbaus, die - in Deutschland 2009 im Grundgesetz verankerte - Schuldenbremse für alle Länder drastisch und auf ewig verschärft. Der Zwang zu weiteren harten Sparprogrammen wird institutionalisiert. Zu Recht verdeutlicht die vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Klage der Genossin Herta Däubler, dass durch ESM und Fiskalpakt die unantastbaren Grundsätze unseres Grundgesetzes in Frage gestellt werden: **das in Art. 20 GG definierte Demokratie- und Sozialstaatsgebot.**

Eine solche Politik hat schon in bisher nicht bekannter Weise europaweit soziale Konflikte und Unruhen provoziert – und das beginnt nicht zuletzt auch in Deutschland. Das bezeugen die Entwicklung in Griechenland und Spanien, in Italien und Portugal, Länder in denen sich die Bevölkerung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften gegen die von EU und IWF diktierten Memoranden erheben und denen unsere ganze Solidarität als Sozialdemokraten gehören sollte.

**Der Weg zu einem vereinten Europa kann nicht über das Pflaster des Abbaus von Demokratie und Souveränität der europäischen Völker führen, nicht über soziale Demontage und Aufhebung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.**



**Gotthard Krupp,**  
geb. 1954; verheiratet;  
Betriebswirt &  
Bildender Künstler

- Vorsitzender der AfA Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitglied im AfA-Landesvorstand
- Vorsitzender der Abteilung „Rund um den Karl-August Platz“ (4-76)
- Mitglied im Kreisvorstand
- Mitglied im Bezirksvorstand, ver.di Berlin, dort Sprecher des AK Europa.
- Mitglied im Landesvorstand Berlin-Brandenburg der Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di

**Weitere Informationen:**  
[gotthardkrupp.wordpress.com](http://gotthardkrupp.wordpress.com)

**Fragen beantworte ich gerne und Diskussionsbeiträge sind willkommen:**

Gotthardkrupp@t-online.de  
Tel.: 030 31 31 659  
Fax: 030 31 31 662  
Mobil: 0170 24 74 293

## Die deutsche Sozialdemokratie steht vor enormen Herausforderungen.

Müssen wir uns nicht fragen,

- ob die politische Unterstützung der europäischen Krisenpolitik der Regierung Merkel durch die SPD-Führung nicht ein Affront ist sowohl gegenüber den SPD- und Gewerkschafts-Mitgliedern, wie gegenüber den Gewerkschaften, die vor der Verabschiedung des Fiskalpaktes gewarnt haben, wie auch ein Affront gegenüber der Demokratie?
- Wird nicht mit der Unterwerfung unter die beiden Verträge auch in Deutschland der Weg zu einer verschärften Agenda-Politik beschritten, einer Agenda-Politik, die schon Zehntausende aus unserer Partei vertrieben hat?

Wir brauchen die solidarische Diskussion über die Frage, wie wir für das gemeinsame Anliegen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, für die Verteidigung und Rückeroberung des Sozialstaats, der Demokratie handeln können?

Nur mit einer solchen Politik kann man das Vertrauen der Millionen Wähler, die der SPD in den letzten Wahlen ihre Stimmen verweigert haben, zurückgewinnen und das solidarische Bündnis mit den Gewerkschaften wieder herstellen.

### **Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

Berlin hat schon dramatische Erfahrungen mit der vom Konsolidierungsvertrag auferlegten Schuldenbremse gemacht, die jetzt noch durch den Fiskalpakt verschärft wird.

Für die Menschen in diesem Land ist es nicht nachzuvollziehen, dass über die sogenannten „Rettungsschirme“ Milliarden über Milliarden in die Finanzmärkte gepumpt werden und gleichzeitig die Investitionsmittel für die Wiederherstellung der Kinderspielflächen, für eine verantwortliche Finanzierung der Schulen, Krankenhäuser, Unis, des Nahverkehrs, der Stadtreinigung, der sozialen und kulturellen Infrastruktur fehlen. Unter dem Konsolidierungsvertrag wird jede politische Handlungsfreiheit erstickt.

### **Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gesamte Gesellschaft brauchen**

- die Verteidigung und Wiederherstellung der Öffentlichen Daseinsvorsorge,
- öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt und in die soziale und kulturelle Infrastruktur der Kommunen, Länder und Bezirke,
- bezahlbaren Wohnraum,
- Wiederherstellung allgemeinverbindlicher Flächentarifverträge und Arbeitnehmerschutzrechte!

Wir alle wissen, dass die Schulden nicht die Schulden der Bevölkerung sind, sondern das Ergebnis einer Politik der Bereicherung der ohnehin Reichen und Vermögenden, der Milliarden für Banken und Spekulanten. Wieso soll die Gesellschaft dafür zahlen?

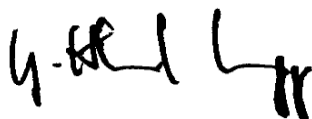
**Das Diktat der Schuldenbremse und des Fiskalpaktes lässt keinen Platz für die politische Demokratie, für freie politische Entscheidungen, die dem Sozialstaatsgebot verpflichtet sind, für freies Handeln und Verhandlungen der Gewerkschaften für die Forderungen der arbeitende Bevölkerung und Jugend.**

Im Rahmen dieser Euro-Krisenpolitik und von ESM und Fiskalpakt können die sozialen und demokratischen Forderungen der Gesellschaft nicht erfüllt werden, kann man nicht kämpfen für soziale Sicherungssysteme, die einen wirklichen Schutz vor Armut im Alter und Arbeitslosigkeit bieten, für das Recht auf Bildung, für verantwortliche Gesundheitsvorsorge, den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge.

**Ich sehe meinen politischen Auftrag darin, für diese Forderungen einzutreten und ihnen im Bundestag eine unüberhörbare Stimme zu geben.**

**Darum werbe ich um Euer Vertrauen.**

Mit freundlichen Grüßen



### **Aus dem politischen Lebenslauf**

- Politisch aktiv bin ich seit dem Wahlkampf für Willy Brandt, 1972.
- 1976 habe ich die Kampagne des Bochumer Komitees für die „Freie Reise für Wolf Biermann“ mitgetragen und bin seitdem eingetreten für die Forderung der **Einheit Deutschlands**, auf der Grundlage der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes durch seine freie Entscheidung über eine Verfassung. (GG Art. 146)
- Nach 1989 war ich Mitarbeiter in der Fraktion Bündnis 90 /Grüne im Landtag Sachsen und besonders engagiert in zahlreichen Kampagnen gegen die **zerstörerische Privatisierungspolitik**.
- Seit 1995 in Berlin habe ich meinen politischen Schwerpunkt in der **Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge** gesehen, gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, Wasserbetriebe, des ÖPNV usw.; sowie in dem Kampf **gegen Tariffucht und Ausweitung tarifvertragsfreier Zonen** im öffentlichen Sektor. Aktuell kämpfe ich gemeinsam mit S-Bahner-Kollegen für die **Verteidigung und die Wiederherstellung einer funktionstüchtigen S-Bahn gegen die Ausschreibung/Teilprivatisierung**, d.h. ihre Auslieferung an den Dumping-Marktwettbewerb.
- 2002 war ich verantwortlich für die Organisation der **„Internationalen Konferenz gegen Deregulierung, Privatisierung & für Arbeitnehmerrechte“** mit 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 55 Ländern;
- 2007 habe ich an der Initiative gegen die Verabschiedung des Lissabon-Vertrages mitgewirkt, sowie heute an der Initiative „Nein zu ESM und Fiskalpakt“ – für ein demokratisches und soziales Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.